

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 594

Das Kollektiv und sein Repräsentant

**Zum rechtlichen Verhältnis von Verband und
Verbraucher:innen bei der Verbandsabhilfeklage**

Von

Felix Beuth



Duncker & Humblot · Berlin

FELIX BEUTH

Das Kollektiv und sein Repräsentant

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 594

Das Kollektiv und sein Repräsentant

Zum rechtlichen Verhältnis von Verband und
Verbraucher:innen bei der Verbandsabhilfeklage

Von

Felix Beuth



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
hat diese Arbeit im Jahre 2025 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 0720-7387
ISBN 978-3-428-19577-0 (Print)
ISBN 978-3-428-59577-8 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Mai 2024 eingereicht und im Januar 2025 von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als Doktorarbeit angenommen. Sie befindet sich im Wesentlichen auf dem Stand der Einreichung, wurde aber in Bezug auf unmittelbar VDuG-bezogene Literatur im Februar 2025 nochmals einer Aktualisierung unterzogen.

Ich bedanke mich herzlich bei der Betreuerin meiner Dissertation, Frau Professorin Meller-Hannich, die nicht nur diese Arbeit, sondern mit ihren beiden (mit Frau Professorin Gsell verfassten) Gutachten zur Umsetzung der europäischen Richtlinie maßgeblich auch das VDuG mitgeprägt hat. Besonders dankbar bin ich für den engen fachlichen Austausch in der Zeit, als die Umsetzung der Richtlinie – und mit ihr diese Arbeit – ab März 2023 zügig Fahrt aufnahm. Frau Professorin Meller-Hannich und Herrn Professor Höland danke ich auch für die äußerst rasche Begutachtung der Arbeit binnen weniger Monate.

Großer Dank gebührt zudem der Studienstiftung des deutschen Volkes, die diese Arbeit großzügig finanziell und ideell gefördert und so zu ihrem Gelingen erheblich beigetragen hat.

Und zuletzt, aber allen voran:

Danke Lisa – dafür, dass du dich an vielen langen Abenden durch hunderte Seiten Manuskript gekämpft hast, und für so vieles mehr, das unmöglich in wenige Zeilen passt.

Danke Mama, danke Papa, danke Emilia, danke Laurin, danke Oma, danke Opa – für eure Zugewandtheit und all die liebevolle Unterstützung in jeder Lebenslage.

München, im Mai 2025

Felix Beuth

Inhaltsübersicht

§ 1 Einführung	21
A. Einleitung	21
B. Gegenstand der Untersuchung	25
C. Gang der Untersuchung	26
§ 2 Rückblick und Bestandsaufnahme: Die kollektive Rechtsschutzlandschaft vor dem VDuG	28
A. Unterlassungs-, Beseitigungs- und Gewinnabschöpfungsklage	28
B. Musterfeststellungs- und Einziehungsklage	39
C. Varianz der Verbandsklagebefugnisse	43
§ 3 Die Verbandsabhilfeklage nach dem VDuG – ein Überblick	44
A. Die historische Entwicklung hin zur Verbandsabhilfeklage	44
B. Die Abhilfeklage nach dem VDuG	50
§ 4 Verband und Verbraucher:innen: Repräsentant und Kollektiv	63
A. Repräsentant: Verbraucherverband	64
B. Kollektiv: Verbraucher:innen	71
C. Prozessuale Rollenverteilung	77
D. Zusammenfassung	81
§ 5 Das Prinzip der prozessualen Repräsentation der Verbraucher:innen durch den Verband	82
A. „Repräsentation“ fremder Interessen im deutschen Privatrecht	82
B. Die Repräsentationsbefugnis des Verbands bei der individualisierten Abhilfeklage	88
C. Die Repräsentationsbefugnis des Verbands bei der nicht-individualisierten Abhilfeklage	108
D. Rechtliches Gehör der Verbraucher:innen	205

§ 6 Rechtsgeschäftliches Schuldverhältnis zwischen Verband und Verbraucher:innen	224
A. Einleitende Überlegungen	224
B. Relevante Kommunikationsakte von Verband und Verbraucher:innen	229
C. Abgabe und Zugang	233
D. Rechtsbindungswille	247
E. Ergebnis	264
F. Rechtsgeschäftliche Vereinbarungen im Rahmen einer Prozessfinanzierung durch Dritte	265
§ 7 Gesetzliches Schuldverhältnis zwischen Verband und Verbraucher:innen	279
A. Funktion gesetzlicher Schuldverhältnisse	279
B. Das Verhältnis von Verband und Verbraucher:innen als Geschäftsführung ohne Auftrag	281
C. Das Verhältnis von Verband und Verbraucher:innen als ähnlicher geschäftlicher Kontakt i. S. d. § 311 Abs. 2 Nr. 3 BGB	285
§ 8 Pflichtenprogramm und Haftung	331
A. Einleitende Überlegungen zum Pflichtenprogramm	331
B. Rücksichtnahmepflichten des Verbands	335
C. Haftung des Verbands	361
D. Keine Haftung der Prozessvertreter:innen des Verbands gegenüber Verbraucher:innen	367
E. Ergebnis	369
§ 9 Zusammenfassung	370
Literaturverzeichnis	379
Stichwortverzeichnis	405

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einführung	21
A. Einleitung	21
B. Gegenstand der Untersuchung	25
C. Gang der Untersuchung	26
 § 2 Rückblick und Bestandsaufnahme: Die kollektive Rechtsschutzlandschaft vor dem VDuG	28
A. Unterlassungs-, Beseitigungs- und Gewinnabschöpfungsklage	28
I. Bestandsaufnahme	28
II. Durchsetzung objektiver Verhaltenspflichten	30
III. Entkoppelung von subjektiven Ansprüchen	32
1. Entindividualisierter Streitgegenstand und generelle Unterlassungspflicht	32
2. Besonderheiten der Beseitigungsklage	35
3. Gewinnabschöpfungsklage	37
IV. Systembruch: <i>private enforcement</i> ohne Anspruch	38
B. Musterfeststellungs- und Einziehungsklage	39
I. Einziehungsklage: Durchsetzung ohne Kollektivierung	39
II. Musterfeststellungsklage: Förderung ohne Durchsetzung	41
1. Verbraucherrechtsnähe der Musterfeststellungsklage	41
2. Dogmatische Einordnung	42
C. Varianz der Verbandsklagebefugnisse	43
 § 3 Die Verbandsabhilfeklage nach dem VDuG – ein Überblick	44
A. Die historische Entwicklung hin zur Verbandsabhilfeklage	44
I. Europäische Entwicklung	45
1. Auf dem Weg zur Verbandsklagenrichtlinie	45
2. Die Verbandsklagenrichtlinie (EU) 2020/1828	46
a) Grundkonzept der Richtlinie	46
b) Die Abhilfeklage nach der Richtlinie	47
II. Umsetzung der Verbandsklagenrichtlinie (EU) 2020/1828 in Deutschland	48

B. Die Abhilfeklage nach dem VDuG	50
I. Anwendungsbereich, Quorum und Gleichartigkeit	51
II. Ausgestaltung als Opt-In-Verfahren	53
III. Individuelle Rechtsfolgen für angemeldete Verbraucher:innen und das Unternehmen	54
IV. Mögliche Klageanträge und jeweiliger Verfahrensablauf	55
1. Individualisierte Abhilfeklage	56
2. Nicht-individualisierte Abhilfeklage	58
a) Kollektive Beschreibung der Verbraucher:innen	59
b) Ablauf des Klageverfahrens	59
c) Verteilung im Umsetzungsverfahren	61
§ 4 Verband und Verbraucher:innen: Repräsentant und Kollektiv	63
A. Repräsentant: Verbraucherverband	64
I. Gesetzliche Voraussetzungen der Klagebefugnis	64
1. Übergeordnetes Ziel: Wahrnehmung von Verbraucherinteressen	65
2. Altruistische Motivation qualifizierter Verbraucherverbände (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 VDuG, § 4 Abs. 2 S. 1, 2 Nr. 3 lit. b) UKlaG)	65
3. Beständigkeit (§ 4 Abs. 2 S. 1 Nr. 1, 2, 3 lit. a) UKlaG) und finanzielle Unabhängigkeit des Verbands (§§ 2 Abs. 1 Nr. 1 lit. b), 4 Abs. 2 Nr. 1, 2 VDuG)	68
II. Öffentlich-rechtliche Überlagerung der Klagebefugnis	68
1. Konstitutive Entscheidung im Verwaltungsverfahren	69
2. Institutionelle Legitimität der Verbände	70
B. Kollektiv: Verbraucher:innen	71
I. Schutzbedürfnis der Verbraucher:innen	71
1. Machtgefälle	72
2. Gegenmacht	74
II. Breitenwirkung der Abhilfeklage	75
III. Homogenität des Kollektivs	76
C. Prozessuale Rollenverteilung	77
I. Verband als aktiver Repräsentant	77
1. Antragstellende Verfahrenspartei	77
2. Eingeschränkte materiellrechtliche Befugnisse	78
II. Verbraucher:innen als passive Begleiter:innen	78
1. Keine eigenen Beteiligungsrechte	78
2. Äußerung ihres Repräsentationswillens: Opt-In	80
D. Zusammenfassung	81

§ 5 Das Prinzip der prozessualen Repräsentation der Verbraucher:innen durch den Verband	82
A. „Repräsentation“ fremder Interessen im deutschen Privatrecht	82
I. Stellvertretung	82
II. Inkassoession	83
III. Prozessstandschaft und Einziehungsermächtigung	84
IV. Besondere Formen der Interessenrepräsentation	87
V. Zwischenfazit	88
B. Die Repräsentationsbefugnis des Verbands bei der individualisierten Abhilfeklage	88
I. Geltendmachung fremder Ansprüche im eigenen Namen – der Verband als Prozessstandschafter	89
II. Übereinstimmung mit Regelungen des VDuG	90
1. Sperr- und Bindungswirkung statt Rechtshängigkeitssperre und Rechtskrafterstreckung	90
2. Vollstreckung des Urteils durch den Verband	91
III. Gesetzliche oder gewillkürte Prozessstandschaft	92
1. Differenzierung nach Geltungsgrund: privatautonom oder gesetzlich	92
2. Opt-In der Verbraucher:innen als Zulässigkeitsvoraussetzung und Geltungsgrund der Prozessführungsbefugnis	94
3. Opt-In der Verbraucher:innen als besonders ausgestaltete Ermächtigungs- erklärung	96
a) Form und Adressat der Erklärung	98
b) Hinreichende Individualisierung des Anspruchs	98
c) Frist der Erklärung	100
d) Widerruf der Erklärung	101
4. Bedeutung der qualifizierten Benennung des Verbands	102
a) Keine hinreichende Legitimation der Prozessführungsbefugnis im Ein- zelfall	102
aa) (Nur) Verfahrensbezogene Monopolisierung der Prozessführungs- befugnis	102
bb) Prozessuales Spezialitätsprinzip	103
cc) Parallele zur Einziehungsklage	104
b) Gesetzliche Anerkennung des rechtlichen Eigeninteresses des Verbands	105
aa) Verbraucherschutz als Eigeninteresse des Verbands	105
bb) Keine Darlegungslast im Einzelfall	106
cc) Irrelevanz des materiellrechtlichen Verhältnisses	107
IV. Ergebnis	108

C. Die Repräsentationsbefugnis des Verbands bei der nicht-individualisierten Abhilfeklage	108
I. Prozessuale Abschtichtung des Verfahrensstoffs zur Sicherung von prozessualer Effizienz und materiellrechtlicher Einzelfallgenauigkeit	109
1. Ausrichtung der nicht-individualisierten Abhilfeklage auf Massenfälle ...	109
2. Grundsätzliche Problematik: Zielkonflikt zwischen Effizienz und Einzelfallgenauigkeit	110
3. Lösung des VDuG: prozessuale Abschtichtung des Verfahrensstoffs	111
a) Kollektive Beschreibung der Verbraucher:innen	112
aa) Systematische Verortung im Streitgegenstandsbegriff	113
(1) Bedeutung der Individualisierung bei der Bestimmung des Streitgegenstands	113
(2) Kollektivierung des historischen Lebensvorgangs	114
bb) Keine Bedeutung der Individualisierung im Abhilfeklageverfahren	116
(1) Kollektivrechtsschutzinterne Rechtshängigkeitssperre, § 8 VDuG	117
(2) Nachlaufende und parallele Rechtsfolgen, §§ 11, 26 VDuG ...	119
(a) Sperr- und Bindungswirkung, § 11 VDuG	119
(b) Teilnahme am Umsetzungsverfahren, § 26 VDuG	120
b) Entscheidung des Gerichts „dem Grunde nach“	122
aa) Inhalt des Abhilfegrundurteils, § 16 VDuG	122
bb) Programmierung der Sachwalter:innen	123
c) Anspruchsprüfung und Verteilung im Umsetzungsverfahren	124
4. Zusammenfassung	125
II. Eigener materiellrechtlicher Anspruch des Verbands?	125
1. Ansicht und Argumente	126
a) Eigener Anspruch wegen exklusiver Klagebefugnis	126
b) Eigener Anspruch in Form des kollektiven Gesamtbetrags	128
aa) Fehlender eigener Anspruch der Verbraucher:innen auf Zahlung eines kollektiven Gesamtbetrags	128
bb) Fehlende Individualisierung der betroffenen Verbraucher:innen ...	129
2. Dogmatischer Ausgangspunkt: Der Anspruchsbegriff	130
a) Systematische Unterscheidung zwischen Rechtszuweisung und Rechtsschutz	130
b) Der Anspruch im System von Rechtszuweisung und Rechtsschutz ...	133
c) „Verlangenkönnen“ als Befugnis zur zwangsweisen Durchsetzung ...	135
3. Keine eigene Rechtszuweisung des Verbands	139
a) § 13 BGB	139
b) Art. 9 Abs. 1 GG	139
4. Vergleich mit der Verbandsunterlassungsklage	140
a) H. M.: Eigener Anspruch des Verbands	141

b) Keine Gleichbehandlung von Unterlassungs- und Abhilfeklage	143
5. Differenzierung bei Zahlungsklagen: individualanspruchsabhängig oder -unabhängig	145
a) Bisherige Diskussion zu kollektiven Schadensersatzklagen	145
b) Voigt zur Umsetzung der Verbandsklagenrichtlinie	146
c) Konsequenzen für die nicht-individualisierte Abhilfeklage	147
6. Kollektiver Gesamtbetrag als verdichtetes Kollektivrecht?	147
a) Strikter Individualrechtsbezug der Verbandsabhilfeklage	148
aa) Vorgaben der Verbandsklagenrichtlinie RL (EU) 2020/1828	148
(1) Kollektivinteressen und Repräsentation bei der Verbandsunter- lassungsklage	148
(a) Bezugspunkte des Begriffs „Kollektivinteressen“	148
(b) Bedeutung bei der Unterlassungsklage	149
(2) „Kollektivinteressen“ bei der Abhilfeklage	150
(3) Erfordernis einer Willensäußerung betroffener Verbraucher:in- nen	151
(4) Gegenstand der Abhilfeklage	151
(5) Zwischenfazit	153
bb) Umsetzung des VDuG	154
(1) Ansprüche der Verbraucher:innen als Gegenstand der Abhilfe- klage	154
(2) Rückkoppelung an das materielle Recht	155
(3) Wahrung der Dispositionsbefugnis der Verbraucher:innen	157
(4) Kein Rechtsgrund im Verhältnis Verband Unternehmen (§ 37 VDuG)	158
cc) Zwischenergebnis	160
b) Vergleich mit der Gewinnabschöpfungsklage	161
c) Überindividuelle Rechtsschutzzwecke als „Rechtsposition“ der Verbän- de	162
aa) Überindividuelle Rechtsschutzzwecke	162
bb) Der Verband als „Träger“ dieser Rechtsschutzzwecke	165
d) Fehlende materiellrechtliche Zwangsbefugnisse des Verbands	167
aa) Keine außergerichtlichen Zwangsbefugnisse	167
bb) Keine gerichtliche Durchsetzungsbefugnis als Frage der Begrün- detheit	168
cc) Keine Relevanz von Zwangsvollstreckungsbefugnissen	169
e) Systematische Stringenz	169
f) Konkurrierende „Ansprüche“	170
7. Zwischenergebnis	171
III. Klage in Prozessstandschaft	172
1. Problem: Besondere Kollektivierungsmerkmale	172

2. Homogenität des kollektiven Sachverhalts	175
a) Funktion des Gleichartigkeitserfordernisses	175
b) Grundlagen des Gleichartigkeitserfordernisses: Abstraktion und Typisierung	176
c) Relevanz dieser Prinzipien in Massenfällen	178
d) Bezugspunkt des Gleichartigkeitserfordernisses	179
aa) Subsumtion und individueller Sachverhalt	179
bb) Kollektive Relevanz der gerichtlichen Entscheidung	181
cc) Einschränkung: „im Wesentlichen“ (§ 15 Abs. 1 VDuG)	182
dd) Abgrenzung nach der Reichweite der Befugnisse der Sachwalter:innen?	184
e) § 40 VDuG als Äquivalent zu § 15 VDuG aufseiten der Einwendungen	185
f) Geltung der gerichtlichen Entscheidung für individuelle Ansprüche	188
aa) Individualrechtsbezug der Entscheidung „dem Grunde nach“	188
bb) Anspruchsberechtigung des <i>normativen Kollektivs</i>	190
g) Zwischenergebnis	192
3. Gesamtbetrachtung des Abhilfeverfahrens	192
a) Erfüllung individueller Ansprüche	193
aa) Rechtsschutzzweck der Abhilfeklage	193
bb) Funktion des Umsetzungsverfahrens: Verteilung der Leistung	194
b) Verknüpfungen zwischen Klage- und Umsetzungsverfahren	195
c) Fortwirkung der Parteistellung des Verbands	196
d) Individualisierbarkeit der betroffenen Verbraucher:innen bereits im Klageverfahren	196
aa) Relevanz des Klageregisters	196
bb) Individualisierbarkeit bereits im Klageverfahren	197
cc) Individuelle Rechtsfolgen	198
dd) BGH, Urteil vom 9. Mai 1967, Az. Ib ZR 59/65	198
4. Schlussfolgerung: Klage in Prozessstandschaft für die dem normativen Kollektiv zugehörigen und angemeldeten Verbraucher:innen	199
5. Gewillkürte oder gesetzliche Prozessstandschaft?	201
a) Gesetzliche Klagebefugnis	202
b) Aber: Opt-In als Geltungsgrund für individuelle Rechtsfolgen	203
c) Gesetzliche Ausgestaltung der Ermächtigungserklärung und gesetzliche Anerkennung des rechtlichen Eigeninteresses	204
IV. Ergebnis	205
D. Rechtliches Gehör der Verbraucher:innen	205
I. Gewährleistungsgehalt des Art. 103 Abs. 1 GG	206
II. Problematik im Kollektivrechtsschutz	207
III. Freiwilliger Verzicht auf Beteiligungsrechte	208
1. Stärkung der Verbraucherposition	209

2. Dualismus aus Individual- und Kollektivrechtsschutz	209
3. Bisherige Rechtsprechung des BVerfG	213
IV. Repräsentative Wahrnehmung des Gehörsanspruchs durch Dritte	215
1. Voraussetzungen der repräsentativen Wahrnehmung des Gehörsanspruchs	216
a) Die Ansicht von Oehmig und Kritik hieran	216
b) Kritik zu weiteren Kriterien	218
2. Kollektive Ausrichtung der Abhilfeklage	219
3. Interessengleichlauf qua gesetzlicher Anforderungen	221
4. Freie Wahl der Verbraucher:innen	222
V. Ergebnis	223
 § 6 Rechtsgeschäftliches Schuldverhältnis zwischen Verband und Verbraucher:innen	 224
A. Einleitende Überlegungen	224
I. Repräsentation, Schuldverhältnis und Haftung	224
II. Meinungsstand bei der Musterfeststellungsklage	226
III. Gang der Untersuchung	228
B. Relevante Kommunikationsakte von Verband und Verbraucher:innen	229
I. Beschränkung des Untersuchungsgegenstands	229
II. Gesetzlich vorgesehene Erklärungstatbestände	230
III. Besonderheiten der Kommunikationsakte	231
1. Informationsaustausch „über Umwege“	231
2. Keine ausdrücklich rechtsgeschäftlichen Erklärungen	232
C. Abgabe und Zugang	233
I. Voraussetzungen von Abgabe und Zugang, § 130 Abs. 1 S. 1 BGB	233
1. Die Abgabe einer Willenserklärung	234
2. Der Zugang einer Willenserklärung	235
II. Erklärungen des Verbands	237
1. Maßgebliche Erklärung: Information im Internet, § 12 Abs. 1 VDuG	237
2. Erklärung an die Allgemeinheit	238
III. Opt-In der Verbraucher:innen	239
1. Abgabe der Erklärung in Richtung auf den Verband	239
a) Hinreichende Maßnahmen der Richtungsgebung	240
b) Mit dem Willen der Verbraucher:innen	241
2. Zugang der Erklärung beim klagenden Verband	242
a) Machtbereich des Verbands	242
aa) Machtbereich bei etablierten Empfangsvorrichtungen	242
bb) Klageregister als Machtbereich des Verbands	243
b) Zeitpunkt des Zugangs	244
3. Entbehrlichkeit des Zugangs gemäß § 151 S. 1 BGB	245

IV. Zwischenergebnis	247
D. Rechtsbindungswille	247
I. Voraussetzungen des subjektiven Erklärungsstatbestands	248
1. Willenserklärung kraft normativer Zurechnung	248
2. Verbot der Willensfiktion	249
II. Rechtsbindungswille des Verbands	251
1. Gesetzliche Pflicht zur Erklärung (§ 12 Abs. 1 VDuG)	251
a) Ausdruckssorgfalt tritt in den Hintergrund, Deutungsdilienz tritt in den Vordergrund	251
b) Erklärungsfahrlässigkeit geht ins Leere	252
c) Konsistenz zwischen objektiv Erklärtem und Rechtsbindungswillen versagt	252
2. Prozessuale Veranlassung und Doppeltatbestand	253
a) Keine Entweder-oder-Unterscheidung	254
b) Kein klarer Konnex zwischen prozessualer Information und materiell-rechtlicher Rechtsbeziehung	254
c) Erhöhte Anforderungen bei konkludentem Vertragsschluss	255
3. Kein Kontrahierungszwang	256
4. Keine Relevanz von § 663 BGB	257
5. Unentgeltlichkeit und Haftungsrisiko	257
a) Schwer kalkulierbares Haftungsrisiko	257
b) Grundsatz der reduktiven Bindungstendenz bei Unentgeltlichkeit	258
6. Keine Differenzierung bzgl. individualisierter Abhilfeklage	259
7. Ergebnis: Verbot der Willensfiktion	260
8. Ebenso: Klageerhebung und Prozessführung durch den Verband	261
III. Rechtsbindungswille der Verbraucher:innen	262
1. Prozessuale Zwecksetzung	262
2. Wirtschaftliches Interesse	262
3. Rechtliches Interesse und Stellung des Verbands	263
4. Ergebnis	264
E. Ergebnis	264
F. Rechtsgeschäftliche Vereinbarungen im Rahmen einer Prozessfinanzierung durch Dritte	265
I. Zulässigkeit der Prozessfinanzierung nach § 4 Abs. 2, 3 VDuG	266
II. Grundsätzliche Umsetzungsschwierigkeiten bei der Prozessfinanzierung	268
1. Auskehr der Erfolgsbeteiligung an den Prozessfinanzierer	268
a) Keine unmittelbare Auskehr im Zuge des Klageverfahrens	268
b) Umgehung durch (Teil-)Abtretung der Ansprüche?	269
c) Mittelbare Auskehr durch Verband oder Verbraucher:innen	271

2. Rechtssichere Vereinbarung einer Erfolgsbeteiligung	271
a) Verbot eines Vertrags zugunsten Dritter	271
b) Keine konkludente Zustimmung durch Opt-In	272
c) Individuelle Vereinbarungen erforderlich	273
III. Verbleibende Umsetzungsmöglichkeiten	275
1. Verpflichtung der Verbraucher:innen bei individualisierten Abhilfeklagen	275
2. Ausgestaltung des Klageantrags bei nicht-individualisierten Abhilfeklagen	275
IV. Ergebnis	277
§ 7 Gesetzliches Schuldverhältnis zwischen Verband und Verbraucher:innen	279
A. Funktion gesetzlicher Schuldverhältnisse	279
B. Das Verhältnis von Verband und Verbraucher:innen als Geschäftsführung ohne Auftrag	281
I. Zum Vorrang des fehlenden Rechtsbindungswillens des Verbands	281
II. Die Abhilfeklage als fremdes Geschäft	282
III. Berechtigung des Verbands	283
IV. Ergebnis	284
C. Das Verhältnis von Verband und Verbraucher:innen als ähnlicher geschäftlicher Kontakt i. S. d. § 311 Abs. 2 Nr. 3 BGB	285
I. Anknüpfungspunkt der weiteren Überlegungen	285
1. Bisherige Literatur: Rechtsfortbildung	285
2. Gesetzlicher Anknüpfungspunkt	287
a) Keine primäre Leistungspflicht des Verbands	287
b) § 311 Abs. 2 BGB als primärer gesetzlicher Anknüpfungspunkt	288
II. Historie des § 311 Abs. 2 BGB	289
1. Die <i>culpa in contrahendo</i> vor Kodifizierung	289
a) Jhering, Stoll, Canaris	289
b) Rechtsprechung von RG, BGH	292
2. Kodifizierung in § 311 Abs. 2 BGB	293
a) § 311 Abs. 2 Nr. 1, 2 BGB als „klassische“ Fälle der <i>culpa in contrahendo</i>	293
b) Bedeutung von § 311 Abs. 2 Nr. 3 BGB	294
III. Voraussetzungen eines ähnlichen geschäftlichen Kontakts nach § 311 Abs. 2 Nr. 3 BGB	295
1. Freiwilligkeit des Kontakts	296
2. Zum Erfordernis eines rechtsgeschäftlichen Kontakts	296
a) Privatautonomie als Legitimationsgrundlage	297
b) Systematische Stellung des § 311 Abs. 2 Nr. 3 BGB	298
c) Bestimmung der Geschäftlichkeit nach objektiven Kriterien	299

3. Inanspruchnahme und Gewährung von Vertrauen	300
a) Tauglichkeit des Vertrauensschutzaspekts	301
b) Gegenstände und Grundlagen des Vertrauens	302
c) Verhältnis von Recht und Vertrauen: Vertrauen in, durch und im Recht	303
4. Rechtskreisöffnung und Einwirkungsmöglichkeiten	304
IV. Anwendung auf das Verhältnis von Verband und Verbraucher:innen	306
1. Freiwilliger Kontakt zur Anspruchsdurchsetzung	306
a) Freiwillige Klageerhebung, freiwilliges Opt-In	306
b) Individualisierung und Vereinzelung der Beziehung durch Opt-In	306
c) Anspruchsdurchsetzung als gemeinsam verfolgter Zweck: Interessen- gleichlauf statt Zufallskontakt	307
d) Konsequenzen für die Reichweite der gesetzlichen Schuldverhältnisse	309
aa) In personeller Hinsicht	309
bb) In zeitlicher Hinsicht	309
cc) In gegenständlicher Hinsicht	310
2. Die Verbandsabhilfeklage als geschäftlicher Kontakt	310
a) Prozessualer Anlass nicht ausschlaggebend	311
b) Objektive Kriterien	312
aa) Rechtsdienstleistung als üblicherweise rechtsgeschäftlicher Kontakt	313
bb) Professionelle Sphäre des Verbands	314
cc) Vermögensinteressen betroffen	314
3. Rechtskreisöffnung und Einwirkungsmöglichkeiten: Bindungs- und Sperr- wirkung ohne eigenes rechtliches Gehör	315
a) Bindungs- und Sperrwirkung gemäß § 11 VDuG	316
b) Fehlendes rechtliches Gehör der Verbraucher:innen	318
4. Vertrauen als tragende Grundlage des VDuG	320
a) Vertrauensinvestition der Verbraucher:innen: Anmeldung ihrer Ansprü- che	320
b) Vertrauensgrundlage: Gesetzliche Konzeption der Verbandsabhilfeklage	321
aa) Verknüpfung von Recht und Vertrauen	322
bb) Gesetzliche Anforderungen an Verbraucherverbände	323
cc) Verwaltungsrechtliche Kontroll- und Sanktionsmechanismen	325
(1) Vertrauensstärkende Wirkung	325
(2) Keine Beseitigung der Schutzbedürftigkeit der Verbraucher:in- nen	325
c) Typisiertes Vertrauen der Verbraucher:innen	326
5. Beredtes Schweigen des Gesetzgebers?	328
V. Ergebnis	329

§ 8 Pflichtenprogramm und Haftung	331
A. Einleitende Überlegungen zum Pflichtenprogramm	331
I. Präformierung des Pflichtenprogramms durch § 311 Abs. 2 BGB	331
II. Vagheit des § 241 Abs. 2 BGB	332
III. Konkretisierung des Pflichtenprogramms im Einzelfall	333
IV. Abstrakt-relativer Charakter der Schutzpflichten	334
B. Rücksichtnahmepflichten des Verbands	335
I. Relevante Wertungskriterien	335
1. Zweck des Kontakts	335
2. Altruismus des Verbands	335
3. Grundsatz des <i>venire contra factum proprium</i>	336
4. Einfluss- und Informationsgefälle	337
5. Prozessführung im Interesse des normativen Kollektivs	339
a) Begrenzung des Pflichtenprogramms	339
b) „Vorkontaktliche“ Pflichten	340
II. Pflicht zur sorgfältigen Prozessführung	342
1. Dogmatischer Zwischenschritt	343
2. Prozessführung als zentrale Einwirkungsmöglichkeit	345
3. Europarechtliches Fundament	345
4. Pflichtenumfang	347
a) Beginn des Verfahrens	347
b) Im laufenden Verfahren	347
c) Ausrichtung auf das normative Kollektiv	348
d) Klagerücknahme	349
e) Nachforderung gemäß § 21 VDuG	349
f) Individualisierte Abhilfeklage	350
III. Informationspflichten	351
1. Allgemeine Voraussetzungen von Informationspflichten	351
2. Verhältnis von Verband und Verbraucher:innen	352
a) Altruismus und Informationsgefälle	352
b) Abwehrmöglichkeit der Verbraucher:innen	353
3. Pflichtenumfang	355
a) Informationspflicht gemäß § 12 Abs. 1 VDuG	355
b) Informationspflicht bzgl. Erfolgchance	357
aa) Pflichten mandatierten Rechtsanwält:innen	357
bb) Übertragung auf die Spezifika der Abhilfeklage	357
cc) Kollektive Ausrichtung der Informationspflicht	359
dd) Unsorgfältige Prozessführung des Verbands	359
c) Weitere Informationspflichten	360

C. Haftung des Verbands	361
I. Schadensersatzanspruch gemäß § 280 Abs. 1 BGB als typische Rechtsfolge	361
II. Umfang des Schadensersatzes (§ 249 Abs. 1 BGB)	362
III. Keine Haftungsprivilegierung	363
1. Fehlender gesetzlicher Anknüpfungspunkt	363
2. Stellung von Verband und Verbraucher:innen	364
3. Zur Freiwilligkeit der Anmeldung	365
4. Entlastung der mandatierten Rechtsanwält:innen	366
D. Keine Haftung der Prozessvertreter:innen des Verbands gegenüber Verbraucher:innen	367
I. Keine Haftung nach den Grundsätzen des Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	367
II. Keine Haftung nach den Grundsätzen der Drittschadensliquidation	368
E. Ergebnis	369
 § 9 Zusammenfassung	 370
 Literaturverzeichnis	 379
 Stichwortverzeichnis	 405

§ 1 Einführung*

A. Einleitung

Der mit der UWG-Verbandsklage (1965) begonnene und über die AGB-Klage (1976), das Unterlassungsklagengesetz (2002) und die Musterfeststellungsklage (2018) führende langwierige Ausbau von Verbraucherverbandsklagebefugnissen zur Durchsetzung verbraucherschützender Rechtsnormen hat seinen Höhepunkt erreicht: Am 4. Dezember 2020 veröffentlichte die Europäische Union als Teil ihres „*New Deal for Consumers*“ die „*Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher* [...]“ (RL (EU) 2020/1828),¹ die – wenn auch nicht die erste ihrer Art – sogenannte Verbandsklagenrichtlinie. Knapp drei Jahre später trat in Deutschland am 13. Oktober 2023 zur Umsetzung der Richtlinie das „*Gesetz zur gebündelten Durchsetzung von Verbraucherrechten*“, das Verbraucherrechtgedurchsetzungsgesetz (VDuG) in Kraft.

Von einem „*Tauwetter im kollektiven Rechtsschutz*“ ist die Rede² – zu Recht angesichts des Kernstücks von Richtlinie und VDuG, der auf „*Abhilfe in Form von Schadenersatz, Reparatur, Ersatzleistung, Preisminderung, Vertragsauflösung oder Erstattung des gezahlten Preises*“ (Art. 9 Abs. 1 RL (EU) 2020/1828) bzw. – weiter – auf „*Leistung an die betroffenen Verbraucher*“ (§ 14 VDuG) gerichteten Verbandsabhilfeklage. Es ist dieses Instrument, das – möchte man vereinfachend unterteilen – nach der Ära der objektivrechtlich geprägten Verbands(*unterlassungs*)klagen und der Ergänzung um die bereits individualrechtlich konnotierte Musterfeststellungsklage nun eine neue Ära des kollektiven Leistungsrechtsschutzes einleitet. Das von Gsell zuvor noch als das „*grundlegendste und gravierendste Defizit der kollektiven Rechtsschutzlandschaft in Deutschland*“ bezeichnete Fehlen eines solchen Instruments³ ist damit behoben.

Bereits einen Monat nach Inkrafttreten des VDuG reichte der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) am 13. November 2023 die erste – von ihm online als „*Sammelklage*“ bezeichnete – Abhilfeklage auf Rückzahlung einseitig erhöhter

* Hinsichtlich der verwendeten Abkürzungen wird verwiesen auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 10. Aufl. Berlin 2021.

¹ Abl. EU L 409 vom 04. 12. 2020.

² *Leupold*, VuR 2018, 201.

³ *Gsell*, WuM 2018, 537 (541); siehe dann auch *Gsell*, GRUR 2024, 979 (980): „[...] gewiss einen Meilenstein bedeutet, dass Verbraucherverbände nun endlich Leistungstitel erwirken können [...]“.

Preise an Kund:innen des Vodafone-Konzerns ein.⁴ Der BGH hatte 2019 im Kontext einer (vermeintlich) missbräuchlichen Nutzung ihrer Kompetenzen einmal ausgeführt, dass Verbraucherverbände durch ein reges Tätigwerden gerade ihre Ernsthaftigkeit in Bezug auf ihren tatsächlich praktizierten und nicht nur satzungsmäßig vorgeschobenen Altruismus beweisen würden. Eine Vielzahl von Verstößen der Unternehmen erfordere daher eine Vielzahl von Maßnahmen der Verbraucherverbände.⁵ Der vzbv mag das im Kopf gehabt haben, als er seiner frühen ersten Abhilfeklage noch im Jahr 2023 drei weitere folgen ließ, auch gegen weitere namhafte Unternehmen wie E.ON.⁶ Man kann das als Demonstration nicht nur der Ernsthaftigkeit des vzbv, sondern auch eines nicht nur vorgeschobenen, sondern tatsächlich bestehenden Bedürfnisses der Praxis und damit als konkludent geäußerte Kritik am zu lange zu zögerlichen Gesetzgeber werten.

Die Rechtswissenschaft hatte ein (nun: auch) auf Zahlung gerichtetes kollektives Rechtsschutzinstrument schon seit langem diskutiert und vorbereitet.⁷ Dass aber die politische „Überzeugungsarbeit“ schließlich der Diesel-Skandal leisten musste, ist bekannt.⁸ Dabei ist jedenfalls im Verbraucherrecht die Erweiterung kollektiver Rechtsschutzinstrumente auf prozessualer Ebene nicht mehr als die konsequente Beachtung des auch dem materiellen Verbraucherrecht zugrundeliegenden Topos: das strukturelle, normativ typisierte Machtgefälle zwischen unerfahrenen Verbraucher:innen und marktgewandten Unternehmen. Hiervon ausgehend hat der Gesetzgeber den sachlichen Interessenwiderstreit bereits im materiellen Verbraucherrecht entschieden.⁹ Dieses muss, wie jedes andere materielle Recht auch, stets mit dem Anspruch der Durchsetzung auftreten.¹⁰ Dieser normative Durchsetzungsanspruch hat grundsätzlich keinen berechtigten Konterpart, denn das Interesse, von einem materiellrechtlich vorgesehenen Anspruch verschont zu bleiben, folgt dem Schicksal der bereits in der materiellrechtlichen Lösung berücksichtigten Interessen und vermag die Durchsetzung des Anspruchs daher nicht zu delegitimieren.¹¹ Weist

⁴ Verbandsklage des vzbv gegen Vodafone, <www.sammelklagen.de/vodafone>, zuletzt abgerufen am 16.02.2025.

⁵ BGH, Urt. v. 04.07.2019 – I ZR 149/18, juris, Rn. 44.

⁶ Eine Übersicht über die laufenden Abhilfeklagen der Verbraucherzentralen findet sich auf der Website des vzbv, <www.verbraucherzentrale.de/verbandsklagen>, zuletzt abgerufen am 16.02.2025; zu den bisherigen Abhilfeklagen auch *Röthemeyer*, BKR 2024, 977 (979); *Scherer*, WRP 2025, 148 (149).

⁷ Siehe nur *Koch*, Kollektiver Rechtsschutz im Zivilprozeß; *Gottwald*, ZZP 1978, 1; *Meller-Hannich*, Sammelklagen, Gruppenklagen, Verbandsklagen.

⁸ *Stadler*, in: Musielak/Voit, ZPO: Vor VDuG Rn. 2; siehe zur Musterfeststellungsklage bereits *Oehmig*, Die Rechtsstellung des Verbrauchers in der Musterfeststellungsklage, S. 29; *Tuna*, Musterfeststellungsverfahren von Verbraucherverbänden, S. 19; *Botthäuser*, Die Musterfeststellungsklage, S. 19; *Gluding*, Kollektiver und überindividueller Rechtsschutz im Zivil- und Verwaltungsprozessrecht, S. 27.

⁹ *Klocke*, Rechtsschutz in kollektiven Strukturen, S. 59.

¹⁰ *Halfmeier*, NJW 2016, 1126 (1128); *Scholz*, ZG 2003, 248 (258).

¹¹ *Klocke*, Rechtsschutz in kollektiven Strukturen, S. 73; *Leupold*, VuR 2018, 201 (202).

nun das zur Durchsetzung vorgesehene Individualrechtsschutzsystem (ebenfalls) strukturelle Defizite auf,¹² ist daher – soll das materielle Recht nicht zu einem „inhaltsleere[n] Postulat“ verkümmern¹³ – die Einführung weiterer prozessualer Instrumente nur konsequent.¹⁴

Den durchsetzungsschwachen Verbraucher:innen wird hierfür ein seriöser und professioneller Verband an die Seite gestellt, der ihre „Kollektivinteressen“ prozessual repräsentieren soll. Dieses Charakteristikum der *Verbandsabhilfeklage* ist im Ausgangspunkt freilich nicht neu, schon seit Jahrzehnten sind in Deutschland Verbraucherverbände als primäre Akteure des kollektiven Rechtsschutzes und Repräsentanten der Verbraucherschaft aktiv (§ 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 UKlaG, § 8 Abs. 3 Nr. 3 UWG, § 606 Abs. 1 ZPO a.F.). Auch die Vorgänger-Gesetzgebungsakte der Europäischen Union bzw. Gemeinschaft bauten auf deren Tätigkeit (Art. 3 RL 98/27/EG, Art. 3 RL 2009/22/EG). Anders als die oft verrufenen¹⁵ „Klägerkanzleien“ und das Modell des „Sammelklage-Inkassos“ soll der – nun um ein weiteres Instrument reichere – positivrechtlich ausgestaltete kollektive Rechtsschutz also weiterhin nicht marktwirtschaftlich angetrieben, sondern oftmals öffentlich finanziert (§ 2 Abs. 3 VDuG, § 4 Abs. 2 S. 2 UKlaG) und jedenfalls altruistisch motiviert sein (§ 4 Abs. 2 S. 1 UKlaG).

Neu ist jedoch der besondere – auf unmittelbare Leistung an Verbraucher:innen gerichtete – Rechtsschutzzweck und das hierfür vorgesehene, von besonderen Kollektivierungselementen geprägte Verfahren des VDuG. Gewissermaßen macht sich der Zivilprozess hier ehrlich, denn ein – euphemistisch ausgedrückt – abstrakter (bzw. wenig Streitgegenstandsbezogener) Vortrag kennzeichnete bereits bisher die Schriftsatzqualität in so manchen (Massen-)Verfahren¹⁶. Von vormals kritikwürdigem Verständnis des Beibringungsgrundsatzes also nun zu einem innovativen Konzept kollektiver Rechtsdurchsetzung¹⁷. Dass „*der normale Zivilprozeß für Herausforderungen dieser Art nicht im entferntesten gerüstet*“¹⁸ war und daher zivilprozessuale Neuerungen erforderlich sein würden, hatten bereits die gutachter-

¹² Hierzu umfassend *Fries*, Verbraucherrechtsdurchsetzung; *Koch*, Verbraucherprozessrecht.

¹³ *Lakkis*, Der kollektive Rechtsschutz der Verbraucher in der Europäischen Union, S. 65; ebenso *Voit*, Sammelklagen und ihre Finanzierung, S. 61; *Hippel*, *RabelsZ* 1973, 268 f.; *Michailidou*, Prozessuale Fragen des Kollektivrechtsschutzes im europäischen Justizraum, S. 50; *Micklitz/Rott*, in: *Dausen/Ludwigs*, Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts, Rn. 714.

¹⁴ Das ist freilich nur eine Perspektive auf den kollektiven Rechtsschutz im Verbraucherrecht. Kritischere Ausführungen finden sich etwa bei *Säcker*, Die Einordnung der Verbandsklage in das System des Privatrechts.

¹⁵ Siehe nur *Woopan*, *NJW* 2018, 133: „*Das Desaster naht*“.

¹⁶ *Groh*, in: *Weber*, Rechtswörterbuch: Massenverfahren (Zivilprozess).

¹⁷ *Vollkommer*, in: *Zöller ZPO*: § 13 VDuG Rn. 3: „*neu und ohne Vorbild*“.

¹⁸ So etwa bereits *Zöllner*, *AcP* 1990, 471 (495).